



STADT COTTBUS  
CHÓŠEBUZ

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

*Vielfalt leben, Gemeinsamkeiten schaffen, zusammen mehr erreichen*

## Lokaler Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chóšebuz

Im Rahmen der Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

im Programmbereich

„Partnerschaften für Demokratie“

05.11.2017



Impressum:

Stadtverwaltung Cottbus  
Neumarkt 5  
03046 Cottbus  
Telefon: 0355/612-2305  
[www.cottbus.de](http://www.cottbus.de)  
Email: [lap@cottbus.de](mailto:lap@cottbus.de)

## Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
1. Motto, Ziele und Handlungskonzept	5
1.1 Motto	5
1.2 Ziele des Lokalen Aktionsplans	5
1.3 Handlungskonzept	6
2. Situationsbeschreibung Rechtsextremismus	8
3. Gremien, Partnerschaften und Aussagen zur organisatorischen Bewältigung des Bundesprogrammes	9
3.1 Zivilgesellschaftliche Partner	9
3.2 Begleitausschuss	10
3.3 Fach- und Koordinierungsstelle	10
4. Gewährleistung der internen Kommunikation	11
5. Evaluation und Qualitätssicherung	11
6. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen	12
7. Kooperation mit der wissenschaftlichen Begleitung	13
8. Gender Mainstreaming	13
9. Datenschutz	14

# Präambel

Das Engagement für Demokratie und Toleranz ist ein wichtiges Anliegen der Stadt Cottbus/Chóśebuz. Dazu braucht es Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und damit die Werte unserer Demokratie an die nächste Generation weitergeben.

Seit vielen Jahren arbeiten engagierte Bürgerinnen und Bürger, Vertreter aus Politik und Wirtschaft gegen rechtsextremistische Entwicklungen in der Stadt und an der Stärkung der Demokratie im täglichen Zusammenleben. Von 2011 bis 2014 wurde dieses Engagement im Rahmen des Bundesprogramms "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" in einem Lokalen Aktionsplan zusammen gefasst.

Seit 2015 setzt das Bundesprogramm "Demokratie Leben" die Rahmenbedingungen.

Es geht um einen Entwurf von Gesellschaft in der die Bürgerinnen und Bürger der Stadt über erweiterte Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum verfügen, in der eine beteiligungsorientierte politische Kultur dominiert, in welcher das sozialstaatliche Institutionen ein breites Spektrum an Beteiligungs- und Mitwirkungschancen eröffnet und die Stadt sich als ein Engagement und Partizipation ermöglichender Akteur versteht.

Dieser Lokaler Aktionsplan soll ein Instrument des gemeinsamen Abstimmens, Aushandelns und Handelns sein. Er soll anregen, inspirieren und Lust auf Mitgestalten machen. Nicht zuletzt soll er dem Wunsch der zahlreichen Akteure nach intensiver Kooperation und lebendiger Vernetzung gerecht werden und ein Nebeneinanderagieren verhindern.

Ein derart strategisch orientiertes Vorgehen im Zusammenspiel mit kreativen Ideen, Beharrlichkeit, Offenheit und Engagement der Cottbuser Bürgerschaft, wird sich perspektivisch positiv auf die Entwicklung und das Klima in der Stadt auswirken.

# 1. Motto, Ziele und Handlungskonzept

## 1.1 Motto

Auf der im Juni 2011 ausgerichteten Zukunftswerkstatt „Wir machen Cottbus stark“, stellten die Teilnehmenden den Lokalen Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chóšebuz unter das Motto:

*Vielfalt leben, Gemeinsamkeiten schaffen, zusammen mehr erreichen*

## 1.2 Ziele

**Leitziel:** Cottbus/Chóšebuz ist ein lebenswertes, offenes und attraktives Zentrum gelebter Menschenrechte, sicherer Lebens - und Lernort mit Zukunft und Perspektive für alle Menschen aller Generationen.

**Mittlerziel 1:** Durch die Schaffung von breiten, sozialraum- und lebensweltorientierten Beteiligungsmöglichkeiten sind die Cottbuserinnen und Cottbuser motiviert, sich demokratisch zu engagieren

**Handlungsziel 1.1:** Cottbuser Bürgerinnen und Bürger sind zivilcouragiert und aktiv gegen neonazistisches und rechtes Auftreten und werden dabei durch die Stadt Cottbus unterstützt

**Handlungsziel 1.2:** Die Stadt Cottbus hat differenzierte Formen der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements geschaffen. Demokratische Basisinitiativen werden in ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen anerkannt und durch die Stadt strukturell und konzeptionell unterstützt und gefördert.

**Handlungsziel 1.3:** Bürgerinstitutionen, soziale Einrichtungen und Vereine (z.B. Sport, Kultur, Integrationsförderung) verstehen sich als Orte demokratischer Aushandlungsprozesse und vermitteln Demokratie als Lebensform

**Handlungsziel 1.4:** Cottbuserinnen und Cottbuser lernen in Projekten und kreativen Aktionen die individuelle, nicht klischeehafte Vielseitigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Stadt kennen.

**Mittlerziel 2:** Kinder und Jugendliche aus der Stadt Cottbus haben die Möglichkeit sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen und erhalten bei der Umsetzung ihrer Ideen Unterstützung

**Handlungsziel 2.1:** In partizipativen Projekten der demokratischen Bildung werden ein demokratisches Menschenbild, die Orientierung an universalen Menschenrechten und ein Interesse an demokratischem Streit vermittelt.

**Handlungsziel 2.2:** Das bestehende Jugendforum / Jugendredaktion ist in seiner Arbeit gestärkt und wertgeschätzt.

**Handlungsziel 2.3:** Die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist verstetigt und wird durch die Stadt Cottbus und ein Netzwerk unterstützt.

**Handlungsziel 2.4:** Die Arbeit der „Schule ohne Rassismus“ –Gruppen an drei Cottbuser Schulen erfährt aktive Begleitung, Unterstützung und Stimulation.

**Mittlerziel 3:** Die lokale Verankerung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist gestärkt und in die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans ist der größtmögliche Teil der Cottbuserinnen und Cottbuser einbezogen.

**Handlungsziel 3.1:** Die Beteiligung der Stadt Cottbus am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist durch ortsteilbezogene, demokratiefördernde Projekte, die im Zusammenwirken mit Cottbuserinnen und Cottbusern entwickelt und umgesetzt werden, sichtbar.

**Handlungsziel 3.2:** Bei der Sichtbarmachung und Realisierung von strategischen Maßnahmen wird der Fokus auf die vier einwohnerstärksten Ortsteile gelegt. Demokratie- und politikverdrossene Cottbuserinnen und Cottbuser werden mitgenommen, informiert und einbezogen.

**Handlungsziel 3.3:** Die Kommunikation von Zielen, Schwerpunkten und geplanten Maßnahmen zwischen dem Begleitausschuss und den Ortsteilen ist verstetigt.

**Mittlerziel 4:** Das Netz der Aktiven wird in 2018 erweitert, damit immer mehr gesellschaftliche Kräfte verstärkt gegen demokratiefeindliche Tendenzen und Populismus zusammenarbeiten.

**Handlungsziel 4.1:** Mitglieder des Begleitausschusses und Vertreter der Stadt Cottbus pflegen den Austausch und die Zusammenarbeit mit Vertretern von Religionsgemeinschaften.

**Mittlerziel 5:** Die Projekte und das Engagement aller in die Umsetzung des Programms eingebundenen Akteure sind in der Stadt spürbar und sichtbar.

**Handlungsziel 5.1:** Die öffentliche Wahrnehmung von geförderten Projekte und der Netzwerkarbeit demokratischer Akteure in politischen Strukturen und in den Medien hat sich spürbar verbessert.

**Handlungsziel 5.2:** Im Zusammenwirken alle Beteiligten ist es gelungen, dass mindestens drei geförderte Projekte „Stadtgespräch“ wurden.

**Handlungsziel 5.3:** Bestehende und erweiterte Netzwerke werden besser und effektiver genutzt, um über den Verlauf der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans zu kommunizieren.

**Mittlerziel 6:** Der Begleitausschuss Cottbus ist ein strategisch handelndes Gremium, das sich bei seinen Handlungen und Entscheidungen an den Gegebenheiten vor Ort orientiert. Globale Entwicklungen, gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und Strukturelle Diskriminierungsformen werden thematisiert und in Entscheidungsprozesse einbezogen.

**Handlungsziel 6.1:** Mitglieder des Begleitausschusses identifizieren Themen für eine vertiefte Arbeit und setzen sich damit auseinander. Ergebnisse werden berichtet.

**Handlungsziel 6.2:** Die regionale Vernetzung wird durch eine Zusammenarbeit der Begleitausschüsse Cottbus und Spree-Neiße unterstützt.

### 1.3 Handlungskonzept

Das gemeinsame Wirken von Vereinen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Abstimmung mit der Verwaltung und der Politik soll der Erreichung der Ziele des Lokalen Aktionsplanes dienen. Dabei sind Menschen aller Altersgruppen aktiv einzubeziehen. Bereits vorhandene Vernetzungen, Kommunikationsstränge und Arbeitsansätze gilt es zu nutzen und auszubauen.

Besondere Unterstützung soll jungen Menschen gegeben werden, die demokratische Werte mit Leben und Lebendigkeit füllen. Ihre positiven Erfahrungen und Ideen sollen nach Möglichkeit auch in andere Bereiche der Gesellschaft übertragen werden.

Das Demokratieverständnis der Menschen in der Stadt Cottbus/Chósebus soll im Ergebnis unserer Bemühungen ausgebaut und gefestigt werden. Vor allem sind gelingende und nachhaltige demokratische Erfahrungen zu ermöglichen und zu fördern. Die Zielgruppen der Aktivitäten und Projekte des Lokalen Aktionsplans sind an der Entwicklung und Umsetzung aller sie betreffenden Angebote aktiv zu beteiligen.

Cottbus braucht Weltoffenheit und ein Klima der Toleranz und Sicherheit.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt im öffentlichen Raum sind nicht akzeptabel und mit diesem Anspruch unvereinbar.

Der Begleitausschuss diskutiert Strategien und legt Ziele im Rahmen des Lokalen Aktionsplans fest. Der Ausschuss versteht sich als Partner und Unterstützer bei der Umsetzung der Einzelprojekte und der Stärkung einzelner Akteure.

Die wichtigsten Partner sind Vertreter der demokratischen Parteien.



## 2. Situationsbeschreibung

### **Situationsbeschreibung Partnerschaft für Demokratie Cottbus**

Die „Partnerschaft für Demokratie“ arbeitet in Cottbus in Themenfeldern, die in den vergangenen Jahren breiter und vielschichtiger geworden sind und in denen sich zum Teil neue Herausforderungen entwickelt haben. Sie sollen im Folgenden kurz umrissen werden.

#### ***Rechtsextreme Szenen***

Akteure aus dem rechtsextremen Spektrum sind in Cottbus parteipolitisch, szenekulturell wie auch mit geschäftlichen Interessen aktiv. Regionale Gruppen der NPD treten, wenngleich mit deutlich geringer gewordener Mobilisierungsfähigkeit, in der Stadt mit Versammlungen auf. Daneben sind lokale informelle Gruppen Orientierungspunkte gerade für jüngere Szenesympathisanten. Die rechtsextreme Musikszene ist mit Bands und Liedermachern sowie mit entsprechenden Szeneunternehmern vertreten – Konzertveranstaltungen finden insbesondere im angrenzenden Sachsen statt. Aktionsorientierte Rechtsextreme fallen zudem in Teilen der Anhängerschaft des FC Energie Cottbus auf. Einem breiten Bündnis ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den öffentlichen Auftritten der NPD deutliche Zeichen des Widerspruchs entgegen zu setzen und ihre Wirkung zu begrenzen. Wesentliche Aufgabe in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bleibt daneben, jungen Menschen Alternativen anzubieten und diese zu fördern sowie Angebote der Jugendarbeit zu stärken.

#### ***Rechtsextrem und rassistisch motivierte Gewalt***

Die Zahlen der Polizei zu politisch motivierter Kriminalität (PMK-rechts Gewalt) wie auch der Beratungsstelle Opferperspektive weisen Cottbus als Stadt mit überdurchschnittlich vielen rechtsextrem oder rassistisch motivierten Gewalttaten aus. Zu den Opfern gehören zunehmend Menschen mit Migrationshintergrund, die damit über die einzelnen Taten hinaus gruppenbezogen eine gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren. Neben dem konsequenten Agieren der Strafverfolgungsbehörden sind auch langfristige Präventionsmaßnahmen notwendig, z.B. unterstützende und stärkende Angebote für Betroffene und kontinuierliche Gewaltprävention mit Kindern und Jugendlichen. Für die „Partnerschaft für Demokratie“ stellt sich insbesondere die Frage, wie Akteure in der Kommune angeregt, befähigt und unterstützt werden können, sozialraumbezogen Gewaltprävention in ihre Arbeit einzubeziehen und weiterzuentwickeln.

#### ***Demokratie und Teilhabe***

Die demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse bedarf sowohl des Engagements Vieler als auch der Möglichkeiten, sich mit Fragen, Meinungen und Ideen in Diskussionen einzubringen. Beide Bereiche brauchen Impulse und strukturelle Förderung. In Cottbus ist zum einen eine Vielzahl von Vereinen, Initiativen und Ehrenamtlichen aktiv, die es weiter zu unterstützen gilt. Zum anderen erlebt die Stadt deutlichere Veränderungen, etwa durch den Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund. Drittens waren auch in Cottbus z.B. mit einer Reihe von rechtspopulistischen und einwanderungsfeindlichen Demonstrationen Polarisierungen der gesellschaftlichen Debatten zu beobachten. Insbesondere die Verstärkung von Vorurteilen, Ausgrenzung und Gruppenfeindschaften steht einer

konstruktiven Auseinandersetzung entgegen. Im weiten Feld der Demokratieentwicklung lässt sich eine Reihe von möglichen Arbeitsfeldern ausmachen, so z.B. dem Subsidiaritätsprinzip folgend die Förderung von Selbstorganisation in den Stadtteilen, die Vermittlung politischer Prozesse im Sinne von mehr Transparenz, Zugänge zu Information und Kommunikation unabhängig von sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen, die Entwicklung konkreter Möglichkeiten zur Etablierung einer demokratischen Gesprächskultur.

### **Integration von Zugewanderten**

Cottbus ist die Gebietskörperschaft im Land Brandenburg mit den höchsten Zuzugszahlen von geflüchteten Menschen mit Schutzstatus. Dieser Zuzug von Erwachsenen und Kindern ist nicht steuerbar und stellt Kommune, Institutionen und freie Träger vor Herausforderungen (Kita- und Schulplätze, Wohnraumversorgung, Kapazitäten im Jobcenter, in der medizinischen und psychosozialen Versorgung etc., Veränderung von Anforderungen). Aber auch langfristig entstehen neue Fragen für das Zusammenleben in der Stadt, die auch für die „Partnerschaft für Demokratie“ relevant sind:

- Wie kann Kennenlernen gestaltet werden?
- Wie können Kommunikation gefördert und Vorurteile abgebaut werden?
- Wie kann Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe so verankert werden, dass sie allen EinwohnerInnen zugutekommt?
- Wie können Akteure in der Stadt dabei unterstützt werden?

(Quelle: MBT-Cottbus)

## **3. Gremien, Partnerschaften und Aussagen zur organisatorischen Bewältigung des Programms**

Die Stadt Cottbus bewarb sich erfolgreich um eine Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ab 2015. Der Integrationsbeauftragte der Stadt Cottbus vertritt das federführende Amt und nimmt dessen Aufgaben wahr, bzw. sorgt für den reibungslosen Ablauf bei der Bearbeitung des Bundesprogramms innerhalb der Stadtverwaltung. Für die Begleitung und Beratung der Akteure wurde eine Fach- und Koordinierungsstelle eingerichtet, die bei einem freien Träger angesiedelt ist. Ein Begleitausschuss fungiert als strategisch handelndes und regelmäßig tagendes Gremium. Ideen und Projekte werden bestenfalls gemeinsam entwickelt und von Partnern aus der Zivilgesellschaft umgesetzt.

### **3.1. Zivilgesellschaftliche Partner**

Angestrebt wird ein gesellschaftlicher Konsens über die beschriebenen Ziele, der die in unserer Gesellschaft schlummernden Potentiale hebt.

Dies beinhaltet:

- die Initiierung und Unterstützung neuer Projekte und demokratischer Prozesse;
- die Förderung und Erweiterung funktionsfähiger Strukturen;
- den ständigen Austausch aller Beteiligten

Die Umsetzung der beschriebenen Ziele kann nur durch einen Schulterschluss von Vertretern aus Gewerkschaften, Vereinen, Bündnissen und engagierten Einzelpersonen gelingen.

Um Vertreter/innen der Zivilgesellschaft zu sensibilisieren und zu aktivieren, bedarf es Möglichkeiten und Wege, diese Akteure zu erreichen, sie in der Entwicklung ihrer Idee zu „qualifizieren“ und zu unterstützen sowie sie in der Umsetzung ihres Projektes auch längerfristig zu begleiten. Qualifizierte und stabile Initiativen sind Ausdruck einer entwickelten und handlungsfähigen Zivilgesellschaft.

## 3.2. Begleitausschuss

Der Begleitausschuss konstituierte sich im Februar 2011 und hat sich in der ersten Sitzung zu den Grundlagen der gemeinsamen Arbeit vereinbart.

Das Gremium legt die strategische Ausrichtung der Arbeit im Fördergebiet fest und fördert ihre Umsetzung.

Der Ausschuss entscheidet, welche Einzelmaßnahmen aus dem Aktions- und Initiativfonds der Zielerreichung der „Partnerschaft für Demokratie“ dienen und spricht eine Förderempfehlung aus.

Der Begleitausschuss hat sich im engagierten Wirken jedes einzelnen Mitgliedes außerordentlich bewährt und bildet durch die Qualität der Vernetzung und die gesammelten Erfahrungen eine wertvolle Ressource.

## 3.3. Federführendes Amt

Das federführende Amt in der kommunalen Verwaltung ist Antragssteller und Zuwendungsempfänger der Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Es ist zentraler Ansprechpartner vor Ort einerseits für das Bundesministerium bzw. die Regiestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben und andererseits Anlaufstelle und Partner für die Koordinierungs- und Fachstelle.

Stadtverwaltung Cottbus  
Büro des Oberbürgermeisters  
Jan Schurmann  
Neumarkt 5  
03046 Cottbus

## 3.4. Fach- und Koordinierungsstelle

Für die Dauer der Umsetzung des Bundesprogramms wurde eine Fach- und Koordinierungsstelle bei Demokratie und Integration Brandenburg e.V. angesiedelt.

Zu ihren Aufgaben gehört u.a. die Steuerung der Erstellung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“, in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem Begleitausschuss und weiteren Akteurinnen und Akteuren, die Koordinierung sowie inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und Begleitung von Einzelmaßnahmen, auch in Hinblick auf eine stärkere Einbindung in die lokale Gesamtstrategie, die Koordination der Arbeit des Begleitausschusses und die

Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms und der „Partnerschaft für Demokratie“ vor Ort.

Ebenso gehört es zu ihren Aufgaben, die Vernetzung, Bekanntmachung und Inanspruchnahme von Angeboten auf Landesebene zu unterstützen, sowie die Vernetzungen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung anzuregen. Die Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens, für die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie für Teilhabe und kulturelle Vielfalt engagieren, ist ebenfalls Bestandteil dieser Arbeit.

Die Fach- und Koordinierungsstelle gewährleistet die Zusammenarbeit mit der Programmevaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms und stellt die Erfassung der Projektdaten und –ergebnisse sicher.

Stadtverwaltung Cottbus  
Fach- und Koordinierungsstelle LAP  
Andrea Müller-Jasinski  
Neumarkt 5  
03046 Cottbus

## 4. Gewährleistung der internen Kommunikation

Es wird ein Kommunikationsverbund aufgebaut zwischen der Stadtverwaltung, den beteiligten Akteuren, den Schulen, den Vereinen und der Wirtschaft der gewährleistet, dass Führungsinformationen sofort zugänglich werden.

Es gibt regelmäßige Arbeitsbesprechungen zwischen dem verantwortlichen Beigeordneten, der den Vorsitz des Begleitausschusses inne hat, der Fach- und koordinierungsstelle und dem Vertreter des federführenden Amtes.

Mitglieder des Begleitausschusses kommunizieren über einen Emailverteiler zwischen den regelmäßig stattfindenden Sitzungen oder tauschen sich in den Unterarbeitsgruppen des Ausschusses aus.

Die Verantwortlichen nehmen verpflichtend an den Landeskoordinatorentreffen und den Veranstaltungen des Programms auf Bundesebene teil. Informationen aus diesen Zusammenkünften werden dem Begleitausschuss zugänglich gemacht.

## 5. Evaluation und Qualitätssicherung

Die Evaluation beinhaltet, ein Mikroprojekt oder Programm dahingehend zu hinterfragen, ob und mit welchem Aufwand die Projektziele erreicht (bzw. nicht und warum nicht erreicht) wurden und welche Wirkungen das Projekt/Programm auf einen vorher bestimmten Praxis- oder Personenkreis hat.

Eine Selbstevaluation führen die Handelnden selbst durch..

Der Zuwendungsempfänger entwickelt und nutzt spezifische Systeme der Selbstevaluation und der Evaluation der Praxis ihrer Tätigkeitsbereiche. Ziele, Praxis und Wirkungen sind regelmäßig zu prüfen.

Mehr noch als die Leistungen werden die Wirkungen der Leistungen anerkannt. Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob und wieweit man möglichst frühzeitig und objektiv sieht, welche Zielerreichungsbeiträge die Arbeit erbringt.

Die regelmäßige Evaluation soll systematische Informationen liefern, um die Planungen zu verbessern und die Handlungen den sich verändernden Rahmenbedingungen und dem aktuellen Bedarf anzupassen.

Aus diesem Grunde werden im Lokalen Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chósebus die Ziele und Qualitäten eines Mikroprojektes vorher entwickelt, vereinbart und klar definiert.

## 6. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Öffentlichkeitsarbeit im Kontext "Partnerschaften für Demokratie" der Stadt Cottbus/Chósebus soll vor allem drei Wirkungen entfalten. Sie soll Mittel und Wege finden, tatsächlich in die alltägliche Wahrnehmung eines größtmöglichen Teils der Bevölkerung der Stadt Cottbus/Chósebus und Umland einfließen zu können. Darüber hinaus soll sie zur Identifikation der Akteure mit der Strategie und den Themen des LAP beitragen. Nicht zuletzt soll über sie ein Portal / Kontaktpunkt geschaffen werden, über den sich Akteure und Interessenten ein entsprechend konkretes Bild von einzelnen Projekten machen können, das Kooperation, Anschlussprojekte oder Multiplikation ermöglicht.

Ziele der Öffentlichkeitsarbeit sind, die Bekanntheit des LAP zu vergrößern, eine aktivierende Werbung zu realisieren, die Vernetzung der Akteure zu verstärken und den stadtpflichtlichen Diskurs über die Ziele und Ergebnisse des LAP zu unterstützen.

Ein Flyer soll die Transparenz des im LAP wirkenden Begleitausschusses erhöhen. Die Internetpräsentation der Stadt Cottbus/Chósebus muss stets aktuell gehalten werden und einen Bezug zur gesonderten Website ermöglichen. Die Homepage ist unter [www.demokratie-cottbus.de](http://www.demokratie-cottbus.de) veröffentlicht.

Veranstaltungen und Projekte sollen auf dieser Website bekannt gemacht werden. Des Weiteren werden über diese Plattform für Interessierte programmrelevante Formulare und Informationen bereitgestellt.

Für die Verbreitung der Ziele des Lokalen Aktionsplans ist eine intensive persönliche Kommunikation mit Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung, der Wirtschaft, mit Lokalpolitikern aller demokratischen Parteien und mit gesellschaftlich relevanten Institutionen und Organisationen wichtig. Über die Gewinnung von Kooperationspartnern (z.B. Wirtschaft, Institutionen, Sport) soll der Bekanntheitsgrad weiter erhöht werden.

Veranstaltungen einzelner Projekte sollen über die Koordinierungsstelle gezielt beworben werden. Es findet eine regelmäßige Information über die Presse statt. Dafür wird die wöchentlich stattfindende Pressekonferenz in der Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus genutzt.

Eine permanente und systematische Dokumentation (Datenbank) fördert die Transparenz und die Kommunikation.

Zur Information der Öffentlichkeit werden öffentlich wirksame Tagungen genutzt.

Merkblatt für Öffentlichkeitsarbeit:  
[http://www.partnerschaft-fuer-demokratie-msh.de/images/downloads/20150318\\_Merkblatt-zur-Oeffentlichkeitsarbeit.pdf](http://www.partnerschaft-fuer-demokratie-msh.de/images/downloads/20150318_Merkblatt-zur-Oeffentlichkeitsarbeit.pdf)

Handbuch für Öffentlichkeitsarbeit:  
[http://www.partnerschaft-fuer-demokratie-msh.de/images/downloads/BMFSFJ\\_PRHandbuch\\_screen-1.pdf](http://www.partnerschaft-fuer-demokratie-msh.de/images/downloads/BMFSFJ_PRHandbuch_screen-1.pdf)  
Kooperation mit der wissenschaftlichen Begleitung

## 7. Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird wissenschaftlich begleitet. Die wissenschaftliche Begleitung obliegt dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. und der Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gmbH.

Die Stadt Cottbus/Chósebus ist eine von 15 ausgewählten Kommunen, deren „Partnerschaft für Demokratie“ neben der quantitativen Befragung auch nach qualitativen Methoden untersucht werden.

Die aus dem Bundesprogramm geförderten Träger und die Akteure der Mikroprojekte sind zur Kooperation und Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung verpflichtet.

## 8. Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist eine politische Strategie, die die Anliegen und Erfahrungen von Frauen und Mädchen ebenso wie die von Männern und Jungen in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung der Maßnahmen selbstverständlich einbezieht. Dazu ist Diversity als Menschenrechtsansatz zu beachten, der vielfältige, komplexe Lebenslagen und Erfahrungen anerkennt und auf gleiche Teilhabechancen und Rechte abzielt. Ansätze zur Förderung von Inklusion als Voraussetzung für Diversity Mainstreaming sollen jedem Menschen die Möglichkeit geben, sich an allen relevanten gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar unabhängig von individuellen Fähigkeiten, kultureller, ethnischer wie sozialer Herkunft, Religion, Geschlecht oder Alter.

Für die zu fördernden Projekte bedeutet dies, die Entwicklung, Organisation, Implementierung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen, Beteiligungsformen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Bereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und deren Auswirkungen für jede und jeden Einzelnen berücksichtigt werden.

## 9. Datenschutz

Die Zuwendungsempfänger haben die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Erhobene personenbezogene Daten sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu anonymisieren.